

BESCHLUSS

des Bundesvorstands der FDP, Berlin, 24. September 2018

Neue Antworten für eine neue Arbeitswelt

1. Mehr Freiheit und Selbstbestimmung in der digitalen Arbeitswelt

Die digitale Revolution ist ein epochaler Entwicklungssprung. Genauso wie einst industrielle Revolution und Elektrifizierung ein neues Zeitalter einläuteten, erleben wir heute den Abschied von der analogen Welt. Technische Entwicklungen gleichen heute häufig dem, was gestern noch Science Fiction war. Strukturwandel, Transformation oder Disruption – wie auch immer man solche Phänomene nennen will, für uns Freie Demokraten gilt: In den Veränderungen, die gewiss sind, wollen wir das Freiheitspotenzial erkennen und fördern. Denn wir sehen im Wandel zuvorderst eine Chance.

Man kann die Digitalisierung in erster Linie als volkswirtschaftliches Phänomen, gesellschaftlichen Trend oder als technische Erscheinung verstehen. Nichts davon ist falsch, aber uns Freien Demokraten geht es bei der Veränderung durch die Digitalisierung vor allem um den einzelnen Menschen. Innovation ist Fortschritt, wenn sie dem Einzelnen dient. Mit den richtigen politischen Weichenstellungen können wir in ein neues Zeitalter der Selbstbestimmung eintreten – davon sind wir fest überzeugt.

Diese Weichenstellungen sind umso dringlicher, weil Wirtschaft und Gesellschaft vom digitalen Wandel in ein neues Zeitalter katapultiert werden, während sich auf der politischen Ebene wenig bewegt. Die Bundesregierung scheint vor allem Getriebene zu sein. Sie verkennt die Dimension der nötigen Transformation, missversteht die Ängste und Hoffnungen der Bevölkerung, verzettelt sich im Organisationschaos und formuliert keine politische Vision. Im Zeitalter der Digitalisierung entsteht kein Digital-, aber ein Heimatministerium. Das ist genauso verstörend wie bezeichnend. Auch der Wandel der Arbeitswelt wird überwiegend als Bedrohung diskutiert, Antworten meist in den etablierten Schablonen des 20. Jahrhunderts gegeben und wenn es umfassender und nachhaltiger Reformen bedarf, sollen maximal „Experimentierräume“ geschaffen werden. Die Botschaft: Hier gibt es Zukunft allenfalls ein bisschen, nur mit Grenzzaun, und sowieso auch nur versuchsweise.

Wir wollen stattdessen die Chancen der Wissensgesellschaft von morgen mutig umarmen – durch eine Politik ohne Sicherheitsabstand zum Fortschritt. Die Arbeitswelt ist dabei der Dreh- und Angelpunkt, in dem technische Innovation und gesellschaftliche Modernisierung zusammenfinden – wenn wir es zulassen und gestalten. Wie unter einem Brennglas prallen hier auch Optimismus und Pessimismus aufeinander: Vernichtet die Digitalisierung massenweise Arbeitsplätze? Wir sind uns sowohl mit Blick auf frühere Technologiesprünge als auch mit Blick auf die Erkenntnisse der Arbeitsmarktforschung einig: nein. Verändert sie die gesamte Arbeitswelt? Wir sind überzeugt: ja. Schon heute hat die Mehrheit der Deutschen einen auf die ein oder andere Art und Weise digitalisierten Arbeitsplatz:

Man arbeitet mit dem Computer, organisiert den Dienstplan mit dem Smartphone, bedient eine digitalisierte Maschine oder wird von einer intelligenten Automatik unterstützt. Zugleich haben mehr Menschen in Deutschland Arbeit als je zuvor. Massenhafte Jobverluste durch gesichtslose Roboter sind Schauergeschichten. Diesen Befürchtungen wollen wir entschlossen entgegenreten, denn die Geschichte lehrt: Seit es technische Innovationen gibt, gibt es die Angst vor ihren vermeintlich zerstörerischen Wirkungen. Wir wollen dieser Angst eine Politik entgegensetzen, die auf der Grundlage von Fakten souveräne Schritte auf dem technischen Entwicklungspfad macht. Eine bessere Zukunft ist noch nie durch Furcht gewonnen worden, beim digitalen Wandel wird es nicht anders sein.

Unternehmen, Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen und zugleich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben alle ein Interesse an einer gelingenden Digitalisierung der deutschen Wirtschaft und Arbeitswelt. Dazu gehört zwingend auch, die Selbstbestimmung aller Erwerbstätigen ernst zu nehmen. Es ist nicht Sache des Gesetzgebers, Erwerbsbiografien erster und zweiter Klasse zu definieren. Wer heute zum Beispiel aus der Festanstellung in die Selbstständigkeit wechselt, dem signalisiert die Politik bisher durch viele Regelungen bestenfalls Skepsis. Das ist anachronistisch, nicht inklusiv und schlicht unfair. Und das muss sich ändern.

Wir sind sicher, dass das Beste noch vor uns liegt: Aufgaben entstehen, deren Existenz wir noch nicht ahnen. Mehr Freiheiten wie, wann und von wo wir arbeiten entstehen schon heute vor unseren Augen. Die Möglichkeiten für Zick-Zack-Lebensläufe mit flexiblen Wechseln zwischen fester Anstellung, temporärer Projektarbeit, Selbstständigkeit und Unternehmertum nehmen zu. Diese neue Vielfalt darf nicht verteufelt, sondern muss anerkannt und politisch begleitet werden. Auch die Arbeit selbst wird oftmals körperlich immer leichter. All das kann eine verlockende Vision sein – wenn wir politisch den richtigen Rahmen setzen. Wir sind nicht naiv und kennen die Herausforderungen: In jedem Strukturwandel gibt es Menschen, die zumindest temporär vor große persönliche Herausforderungen gestellt werden. Auch unter dem für uns zentralen Aspekt der Freiheit ist nicht alles unproblematisch, nur weil es auf einer neuen Technologie beruht. Richtig organisiert, wird die Digitalisierung aber nach unserer festen Überzeugung nicht nur ein technischer Entwicklungssprung, sondern ein großer Schritt für mehr Selbstbestimmung und mehr Lebenslaufhoheit. Gehen wir es an!

2. Raus aus dem digitalen Entwicklungsland – rein ins Bildungssystem 2.0

Der Bildungsstandort Deutschland ist in vielerlei Hinsicht digitales Entwicklungsland. Unser bestehendes Bildungssystem muss die Herausforderung der Digitalisierung annehmen und in diesem Prozess insgesamt besser und leistungsfähiger werden. Ohne zusätzliche Finanzmittel, die wir in das Bildungssystem investieren, wird das nicht gelingen. Dazu muss das Kooperationsverbot endlich vollständig fallen, denn beste Bildung ist eine nationale Aufgabe. Wir wollen bundesweite Standards definieren, zu denen sich die einzelnen Schulen dann in größerer Autonomie als heute auf den Weg machen können. Und der Bund muss sich finanziell engagieren, denn nur auf einem besseren finanziellen Fundament kann die Bildung erfolgreich digitalisiert und Digitalisierung gelernt werden: Ohne digitale Lehrmittel, Instrumente und Methoden sowie ohne ein in der Schule vermitteltes Grundverständnis für Coding und Programmieren wird kein Grundverständnis für die digitale Welt wachsen. Dabei bringt die Digitalisierung gerade hier eine Vielzahl innovativer Lernmethoden, individueller Lernstrategien und Möglichkeiten der Wissensverbreitung mit sich. Wir sind in der Pflicht, Kinder bereits frühzeitig an die Herausforderungen heranzuführen und ihnen Filter- und Lernmethoden ange-

sichts der stetig steigenden Informationsdichte an die Hand zu geben. Ohne digitalkompetente Lehrkräfte ist das nicht zu erreichen, deshalb muss auch hier besonders in Aus- und Weiterbildung investiert werden.

Allerdings wird auch das beste Bildungssystem immer nur eine Grundlage für das weitere Leben liefern können, denn der Takt der Veränderungen wird hoch bleiben. Deshalb müssen die Themen Weiterbildung und lebenslanges Lernen aus ihrem Sonntagsredendasein befreit und im Alltagsverständnis aller verankert werden. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen sich gegenseitig darin unterstützen, den immer neuen Bildungsanforderungen gerecht zu werden. Ihnen kann niemand diese Aufgabe abnehmen, aber dort wo staatliche Institutionen hierbei sinnvoll unterstützen können, müssen sie dazu in die Lage versetzt werden. Im Grunde brauchen wir nach dem „ersten“ Bildungssystem mit den bekannten Institutionen Kita, Schule, duale Ausbildung und Hochschulen noch ein sich daran anschließendes „zweites“ Bildungssystem. In diesem Bildungssystem zweiter Art würden sich Menschen bewegen, die im Berufsleben stehen oder in absehbarer Zeit dorthin zurückkehren – mit Freude an und Lust auf die kontinuierliche persönliche Weiterentwicklung.

Deshalb fordern wir insbesondere:

- **Digitale Bildung und Bildung zur Digitalkompetenz** für Lernende und Lehrende gleichermaßen. Ein frühzeitiges Verständnis für informationstechnische Systeme, für künstliche Intelligenz, für Algorithmen, für den Umgang mit persönlichen Daten im Internet, Cybersicherheit, oder auch für Computersprachen werden für eigenverantwortliche Lebensführung und digitale Mündigkeit in einer Welt, in der der Umgang mit Informationsmassen immer mehr zum Alltag gehört, immer wichtiger. Niemand muss hier Anwender oder Experte werden, aber ein Grundverständnis über die Funktionsweisen muss für jeden mündigen Bürger offenstehen.
- Die Einführung eines **einfachen und leistungsfähigen Modells des Bildungssparens und der Förderung von selbst organisierter Weiterbildung**. Weiterbildung und lebenslanges Lernen sind nicht nur erwerbsbiografische Notwendigkeiten, sondern stärken auch individuelle Entscheidungs- und Verantwortungskompetenzen. Wir wollen allen Bürgerinnen und Bürgern ein faires Angebot machen, das sie bei ihren unterschiedlichen Bildungsvorhaben unterstützt. Mit einer staatlichen Förderung von Bildungssparen und selbst organisierter Weiterbildung – zum Beispiel durch Bildungsgutscheine oder steuerliche Anreize. So lassen sich neue bildungspolitische Akzente setzen, die zugleich eine angemessene Reaktion auf die Herausforderungen der Digitalisierung darstellen.
- Einen klaren Impuls für die **Weiterbildung Beschäftigter**: Die Arbeitsmarktpolitik muss die Beschäftigten bei ihrer langfristigen Weiterbildung stärker unterstützen. Denn immer mehr Betriebe unterstützen die Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zwar, aber für zwei Drittel aller Beschäftigten passiert hier noch viel zu wenig. Gerade bei kleinen und mittleren Unternehmen kann die Möglichkeit einer Unterstützung hier ein wichtiger Baustein zur Realisierung sein. Beschäftigte und Arbeitgeber finanzieren die aktive Arbeitsmarktpolitik über ihre Beiträge, daher sollten sinnvolle Weiterbildungsmaßnahmen grundsätzlich auch in allen Betrieben gefördert werden können – jedoch mit maximal 50 Prozent der Kosten. Sicherzustellen ist so und über die Steuerung vor Ort, dass die Weiterbildung am Markt orientiert ist und im Einklang mit betrieblichen Erfordernissen steht. Hierfür wollen wir die gesetzlichen Regeln entfristen, vereinheitlichen und die Effektivität dieser Ermessensleistung über die Erfolgskontrolle der einzelnen Agenturen für Arbeit steuern lassen. Wir wollen nicht insgesamt

mehr Geld ausgeben, sondern bei jedem eingesetzten Euro fragen, ob er nicht besser in Qualifikation als in Transferzahlungen investiert werden kann.

- Schließlich sollten wir das **Bildungssystem weiter öffnen und verschränken**. Es gibt weltweit hervorragende private und öffentliche Bildungsangebote in klassischen Bildungseinrichtungen und in neuen Online-Formaten. Auch eine beachtliche Startup-Kultur existiert in diesem Bereich. Daran anknüpfend sollten Bund und Länder, Wissenschaft und Wirtschaft gemeinsam mit den Anbietern ein Kreditpunkte-System für Fort- und Weiterbildungen etablieren. Dadurch werden diese mess- und vergleichbar. Durch eine Zertifizierung, wie sie etwa in Bildungsurlaubsgesetzen bereits angelegt ist, kann ein hohes Qualitätsniveau sichergestellt werden. Zugleich würde so der Erwerb von sinnvollen Hybrid-Qualifikationen, wie zum Beispiel bei Digital-Ökonomen, erleichtert.
- Unsere **Hochschulen und Berufsschulen** dürfen ihren Bildungsauftrag mit dem Erreichen eines formalen Erstabschlusses nicht als beendet sehen: Die Berufsschulen und Hochschulen sollen deswegen dafür ausgestattet und dazu verpflichtet werden, eine ganz bewusste Weiterqualifizierungsstrategie für ihre ehemaligen Absolventinnen und Absolventen und weitere Interessierte zu entwickeln. So sollen Absolventinnen und Absolventen proaktiv und regelmäßig von ihren ehemaligen Bildungsstätten über Veränderungen in ihrem Lehrberuf oder Studium informiert werden und es sollen konkrete Angebote unterbreitet werden, dieses neue Fachwissen zu erwerben. Über diesen Weg soll eine nachhaltige Belegung eines Alumnuswesens in Deutschland erfolgen, wie es in den USA beispielsweise mit Summerschools bereits teilweise gelebt wird. Natürlich können Formen des E-Learnings oder überregionale Netzwerke diesen Gedanken Distanzen zwischen Wohnort und Standort der ehemaligen Bildungsstätte ausgleichen.
- Die stärkere **Nutzung digitaler Technologien zur Belegung von Weiterbildung**: Gerade wenn die Halbwertszeit von Wissen ständig sinkt, muss Weiterbildung besser und übersichtlicher organisiert werden. Dafür wollen wir die Chancen der Digitalisierung viel stärker als bisher nutzen und fordern die Gestaltung und Einführung eines digitalen Lebensbildungskontos, in dem alle formalen Bildungs- und Qualifikationselemente digital erfasst werden. Dieses Lebensbildungskonto macht transparent und übersichtlich, welche Weiterbildungsbedarfe sich besonders anbieten und ermöglicht entsprechenden Anbietern individuelle und passgenaue Angebote dafür zu schaffen.

3. Mehr Flexibilität und mehr Selbstbestimmung – ein Arbeitsmarktrahmen für die digitale Welt

Gesellschaftliche Pluralität ist Ausdruck einer lebendigen Republik. Wer vielfältige Lebensläufe begrüßt, muss auch zu unterschiedlichen Erwerbsbiografien ja sagen. Auch Elternzeit, Betreuungszeit für zu pflegende Angehörige oder Beeinträchtigungen durch Unfälle, schwere Krankheiten oder Burnouts können Erwerbsbiographien unterbrechen und flexible Lösungen erfordern. Auch die Digitalisierung wird zu größerer Vielfalt und Differenzierung in der Arbeitswelt führen. Wir begrüßen diesen Prozess, weil er individuellere Lebensentwürfe ermöglicht sowie die generell wohlstandschaffende Arbeitsteilung vorantreibt. Zugleich steigert die Digitalisierung die Geschwindigkeit des ökonomischen Wandels und erhöht die Anforderungen an Unternehmen, auch kurzfristig auf Herausforderungen im Wettbewerb reagieren zu können.

Im Zeitalter der Digitalisierung gibt es eine erheblich anwachsende Kapazität für technische Einzelfalllösungen. Daraus folgt aber auch, dass es ungekannte Möglichkeiten der betrieblichen Personalpolitik gibt. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fordern immer stärker maßgeschneiderte Angebote, zum Beispiel bei der Einteilung ihres Tagesablaufs. Zu Recht. Gleiches gilt für die Einteilung ganzer Erwerbslebensläufe, bei denen Lebenslaufhoheit ein immer wichtigeres Gut wird. Ob und wann im Leben man angestellt, selbständig, als Gründer oder in einer Kombination hieraus tätig sein will, wird noch einfacher als früher in die freie Entscheidung des Einzelnen gestellt – zum Glück.

Vor diesem Hintergrund wird klar, dass Regelwerke, die detailtreu den betrieblichen Alltag (oder Arbeitstag) normieren, so wie es im Industriezeitalter gängig war, nicht mehr zukunftsweisend sind. Pauschale Antworten auf eine Vielzahl komplexer Fragestellungen, die sich mit der Digitalisierung verbinden, sind nicht mehr sinnvoll. Mit anderen Worten: Im Zeitalter der Digitalisierung brauchen wir mehr Flexibilisierung, nicht weniger. Daher sollten wir die Richtung der sozialpolitischen Debatte umkehren, in der seit Jahren die Abkehr von Flexibilität und Individualität propagiert und umgesetzt werden. Wir wollen stattdessen darüber sprechen, wie wir den Gedanken der „Flexicurity“ mit neuem Leben füllen können. Ein Mehr an Flexibilität soll mit höheren Absicherungen an anderer Stelle oder neuer Art verbunden werden – zum Beispiel mit dem Versprechen an jede und jeden, durch Unterstützung bei der Weiterbildung im digitalen Wandel auch mithalten zu können.

Deshalb fordern wir insbesondere:

- Die **Modernisierung des deutschen Arbeitszeitgesetzes**. Es geht darum, die Chancen zu vergrößern, passgenaue Arbeitszeitmodelle zu finden. Das aktuelle Arbeitszeitgesetz passt deshalb nicht mehr in die heutige Zeit und wird den Anforderungen an eine moderne Wissensgesellschaft – häufig weder auf Arbeitnehmerseite noch auf Seiten der Arbeitgeber – gerecht. Wir wollen die Spielräume ausnutzen, welche die EU-Arbeitszeitrichtlinie den Mitgliedstaaten einräumt. Der deutsche Gesetzgeber hat hier ohne Not engere Grenzen als notwendig gezogen. Diese passen vielfach nicht mehr in eine Zeit des mobilen Arbeitens und gleichberechtigter Teilhabe am Erwerbsleben von Vätern und Müttern, die sich auch beide bei der Kinderbetreuung engagieren wollen. Es soll niemand mehr arbeiten müssen oder weniger Pausen machen dürfen als zuvor, aber es sollen alle flexibler die Arbeitszeit unter der Woche einteilen können. Kurz: Wir wollen die Möglichkeiten der Selbstbestimmung ernst nehmen und endlich den nötigen Freiraum dafür schaffen.
- Den starken **Ausbau von Langzeitkonten** (auch Wertguthaben- oder Zeitwertkonten genannt). Diese sind ein modernes Instrument, um sich individuell größere Möglichkeiten etwa für Erziehungs- und Pflegezeiten, Auszeiten oder Sabbaticals sowie längere Weiterbildungen zu nehmen. Deshalb wollen wir zum Beispiel Möglichkeiten der Mitnahme von Langzeitkonten erhöhen (unter anderem durch eine Möglichkeit der Rückübertragung von der Rentenversicherung), die Kompatibilität anderer Instrumente wie etwa das Elterngeld verbessern, einen Rechtsanspruch des Arbeitnehmers auf steuer- und abgabenfreie Entgeltumwandlung einführen und auf der anderen Seite die Unternehmen von Bürokratielasten bei den Langzeitkonten befreien.
- Die **Abschaffung der Höchstüberlassungsdauer** in der Arbeitnehmerüberlassung. Durch die tarifvertraglichen Regelungen waren bestehende Probleme schon vorher gelöst, wie etwa die notwendigen und richtigen Lohnzuschläge bei längeren Verleiheinsätzen („Equal Pay“). Dennoch ist eine gesetzliche Höchstüberlassungsdauer festgeschrieben worden, die nicht zum

deutschen Arbeitgebermodell bei der Zeitarbeit passt. Gerade bei der hochqualifizierten, projektorientierten Arbeitnehmerüberlassung im für die Digitalisierung entscheidenden IT-Bereich schafft die Höchstüberlassungsdauer neue Probleme. Zeitarbeit kann gerade hier für viele der gewünschte „Mittelweg“ zwischen Selbständigkeit und der Arbeit in nur einem Unternehmen sein – diese Option sollte der Gesetzgeber nicht erschweren.

- Beschäftigte sollen ein **Recht auf Homeoffice** erhalten, sofern Betriebsgröße oder betriebliche Belange dem nach Prüfung durch den Arbeitgeber nicht entgegenstehen. Zugleich müssen Arbeitgeber dann beim Homeoffice auch von bürokratischen Vorgaben mancher Arbeitsschutzvorschriften entlastet werden. Wir wollen die Debatte umdrehen: Nicht der Wunsch nach Homeoffice soll begründungsnotwendig sein, sondern die Ablehnung desselben. Homeoffice geht nicht immer und überall. Aber wo es geht und gewünscht ist, sollte es auch ermöglicht werden.

4. Von der digitalen Revolution zur einer neuen Gründerzeit – Aufbruch für Selbständige und Unternehmer

In der digitalen Arbeitswelt warten viele neue Tätigkeitsfelder und Geschäftsideen. Um den Herausforderungen der Zukunft – egal in welchen Bereichen – zu begegnen, sind die Ideen und ist das Potenzial der Vielen gefragt. Wir als Freie Demokraten trauen es den Menschen zu, Gesellschaft und Innovation auch unternehmerisch mitzugestalten. Mit der Digitalisierung nehmen die Möglichkeiten zu, die eigene Arbeit selbst zu entwerfen. Und gerade in den wachsenden Bereichen beratender Dienstleistungen sind die Einstiegshürden geringer geworden. Anders als früher erfordert der Schritt in die Selbständigkeit oft keinen großen Kapitaleinsatz, dafür umso mehr Wissen, Erfahrung und Mut.

Daher wird sich auch die berufliche Situation vieler Menschen häufiger verändern. Sie können freier als früher zwischen Anstellung und Selbstständigkeit entscheiden – und öfter auch wechseln, wenn sie dies wünschen. Damit das Potenzial des Einzelnen sich entfalten kann, Aufstieg möglich und der Raum zur Mitgestaltung gegeben ist, brauchen wir eine kluge Politik, die neuen Arbeits- und Zusammenarbeitsmodellen, wie etwa beim Coworking, nicht im Wege steht und die Vielfalt der Lebens- und Arbeitsentwürfe nicht nur versteht, sondern auch wertschätzt. Für uns Freie Demokraten gibt es keine Erwerbstätigkeiten und Lebenswünsche erster oder zweiter Klasse. Es gilt, auch die Selbstbestimmung von Selbständigen ernst zu nehmen. Deshalb muss endlich Rechtsklarheit für Freiberufler und ihre Auftraggeber geschaffen werden sowie auch Beitragsgerechtigkeit in den Sozialversicherungen.

Zu dieser neuen Zeit passt die starre Vorstellung eines vermeintlichen „Norm“-Arbeitsverhältnisses nicht mehr, die alles Abweichende „atypisch“ (und im gleichen Atemzug gerne als prekär) nennt. Damit werden nur individuelle Entscheidungen in Abrede gestellt und gesellschaftlicher Konformitätsdruck erzeugt. Hinter der Vorstellung eines „Normalarbeitsverhältnisses“ steht auch die Vorstellung der Vorhersagbarkeit und Planbarkeit von Lebensereignissen – und nicht einer Offenheit für Wandel und Mut bei der Gestaltung desselben. Heute wünschen sich viele Menschen eine freiere und flexiblere Ausgestaltung ihrer Arbeit. Und wir wollen sie dabei unterstützen. „New Work“ kann sowohl die Zusage für mehr Selbstbestimmung, als auch für neue Wege sein, um Arbeit zu organisieren. Wir wollen, dass Bürgerinnen und Bürger das Versprechen von selbstbestimmter Arbeit für sich einlösen können – egal, ob angestellt oder selbstständig. Auch die deutsche Wirtschaft braucht selbständige Experten. Denn Arbeit wird heute oftmals als Projekt geplant und gelebt, Teams aus Expertinnen und Experten formen sich kurzfristig und arbeiten effizient und motiviert an einer gemeinsamen Aufgabe,

um sich danach wieder anderen Projekten zu widmen. Hier ist moderne Politik gefragt, die die Bedingungen für *alle* selbständigen Arbeitsmodelle verbessert und im Blick hat, dass unpassende Bestimmungen und hohe Abgabenlast Selbständige sonst schnell wieder zur Aufgabe zwingen.

Schließlich sollten wir die neue technische Revolution auch als neue Gründerzeit denken. Deutschland hat eine starke und innovative Industrie, die aber sehr auf schrittweise und evolutionäre Innovation ausgelegt ist. Schwach dagegen ist Deutschland im Bereich disruptiver Sprunginnovationen, die im digitalen Zeitalter vor allem von Akteuren von der anderen Seite des Atlantiks kommen. In der globalen Ökonomie wartet niemand darauf, dass die Wertschöpfung in Deutschland stattfindet. Digitale Geschäftsmodelle müssen daher auch in Deutschland entwickelt und angewendet werden. Mit ihren Ideen und ihrer Schaffenskraft fordern Gründerinnen und Gründer etablierte Unternehmen heraus, wagen Neues und modernisieren so unsere Wirtschaft und Gesellschaft. Oft sind es junge Unternehmen, die aus einer Idee auch ein konkretes Produkt und eine Dienstleistung machen und damit den gesellschaftlichen Fortschritt vorantreiben. Wir wollen daher alle Menschen in Deutschland ermutigen, ihre Ideen unternehmerisch in die Tat umzusetzen. Dazu wollen wir die Gründerkultur in Deutschland stärken.

Deshalb fordern wir insbesondere:

- Eine **Reform des Statusfeststellungsverfahrens** bei der Gesetzlichen Rentenversicherung. Für Freiberufler und Selbstständige ist das aktuelle Verfahren der Statusfeststellung bei der Deutschen Rentenversicherung intransparent und mit vielen Unsicherheiten behaftet. Die Statusfeststellung sollte nicht von der Rentenversicherung durchgeführt werden. Stattdessen sollte sie durch eine neutrale Stelle erfolgen, zum Beispiel durch die Finanzämter, die für die Gewerbebeanmeldung zuständigen Behörden oder auch durch die Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft. Zudem muss künftig durch ergänzende Positivkriterien Rechtssicherheit geschaffen werden, indem das Vorliegen eines einzelnen oder einer Kombination von mehreren Kriterien eine Selbstständigkeit rechtssicher nachweist – zum Beispiel ein vergleichsweise hohes Honorar. Der Prozess muss darüber hinaus gestrafft, digitalisiert und so formalisiert werden, um eine möglichst einheitliche Rechtsauslegung zu erzielen.
- Für Selbständige und Existenzgründer **faire Versicherungsbeiträge in der Gesetzlichen Krankenversicherung**. In der Gesetzlichen Krankenversicherung wollen wir die Beitragsbemessung für Selbständige vollständig an den tatsächlichen Einnahmen orientieren – alles andere ist unfair. Denn für Selbstbestimmung und Lebenslaufhoheit ist die freie Wahl der Erwerbform essentiell. Sie sollte nicht durch sozialversicherungsrechtliche Regelungen behindert werden. Wir wollen echte Gleichbehandlung von Angestellten und Selbständigen.
- Eine weitere **Öffnung der freiwilligen Versicherung in der Arbeitslosenversicherung**, damit unter anderem Selbständige sich leichter in der Arbeitslosenversicherung versichern und sich gegen Risiken schützen können, sofern sie dies wollen. Für Selbständige sollten die Voraussetzungen entfallen, insbesondere hinsichtlich der Vorversicherung in der Arbeitslosenversicherung.
- Einen **Quantensprung in der Gründerförderung**: bessere steuerliche Bedingungen für Wagniskapital; mehr Möglichkeiten für Kapitalsammelstellen, in Gründer zu investieren; eine vereinfachte und dadurch dynamischere Unternehmensfinanzierung; das Ziel eines möglichst bürokratiefreien Jahrs für Start-Ups und eine dauerhafte Reduktion von Bürokratie; eine

zentrale Anlaufstelle für Gründerinnen und Gründer; eine Stärkung neuer Finanzierungsformen wie des Crowdfundings und die bundesweite Einführung eines breit angelegten Gründerstipendiums. Mit diesen und weiteren Maßnahmen wollen wir die Rahmenbedingungen der Gründungsförderung auf ein neues Niveau heben.

- Die **Verankerung einer gründungs- und gründerfreundlichen Einstellung** in der Alltagskultur. Dies erfordert zum einen eine Umkehr im politischen Diskurs, der mit Blick auf Selbständigkeit allzu häufig problem- und nicht chancenbezogen geführt wird. Um dafür die Grundlage zu legen, fordern wir zum anderen die flächendeckende Einführung eines Schulfachs Wirtschaft.

5. Sicherheit durch Dynamik – für mit der Digitalisierung mitwachsende Sozialversicherungssysteme

Lebenslaufhoheit zu besitzen und seine eigene Erwerbsbiografie selbst zu gestalten, heißt auch, auf flexible Sozialversicherungssysteme bauen zu können. Die Lebensläufe von heute sind längst nicht mehr durch starre Systeme abzudecken. Menschen wechseln häufiger zwischen Erwerbsformen, Voll- und Teilzeit, arbeiten mal in Deutschland und mal im Ausland. Dazu gehört auch, dass die Menschen immer älter werden und die Lebensläufe wie die Wünsche nach dem Übergang in die Rente vielfältiger werden.

In einer sich dynamisch wandelnden Gesellschaft brauchen wir daher dynamische Sozialversicherungen, die ein solches Erwerbsleben spiegeln. Ihre Schutzfunktion werden wir ohne einen solchen Wandel nicht bewahren. Nicht nur eine zukunftsgerechte Rentenpolitik, sondern eine moderne Sozialpolitik insgesamt muss sich modernen Erwerbsbiographien anpassen. Der Wechsel zwischen Anstellung, Selbständigkeit oder auch Gründung muss jederzeit und ohne besondere Einbußen oder Hürden möglich sein. Eine moderne Altersvorsorge muss als Baukasten aus verschiedenen Vorsorge-Elementen organisiert werden, die flexibel miteinander und in verschiedenen Lebens- und Erwerbssituationen kombiniert werden können.

Deshalb fordern wir insbesondere:

- Einen wirklich **flexiblen Renteneintritt** – wer früher in Rente geht, erhält weniger Rente, wer länger arbeitet, erhält mehr. Voraussetzung ist nur, dass das Einkommen nach Renteneintritt über dem Grundsicherungsniveau liegt. Das ist nicht nur fair, sondern würde auch die leidige Diskussion um ein Jahr mehr oder weniger beim Renteneintrittsalter ein für alle Mal beenden. Die Schweden und Norweger machen es mit ihren Systemen erfolgreich vor: Ein flexibler Renteneintritt funktioniert und führt im Ergebnis zu sinnvolleren und im Durchschnitt auch längeren Erwerbsbiografien im Alter. In einem solchen Modell müssen auch die Hinzuverdienstgrenzen nach dem Renteneintritt komplett wegfallen, um auch Teilrentenmodelle zu erleichtern.
- Mehr **Transparenz, ein breiteres Anlageportfolio und ein insgesamt leichter Zugang bei der privaten Altersvorsorge**. Vergleichbarkeit und Verbraucherfreundlichkeit bei Vorsorgeprodukten müssen gesteigert werden. Die Riester-Förderung soll zudem allen offenstehen, auch Selbstständigen und Beschäftigten, die nicht gesetzlich rentenversichert sind. Denn gerade mit Blick auf vielfältigere Lebensläufe ist die sogenannte dritte Säule der Altersvorsorge

von besonderer Bedeutung – diese muss auch beim Wechsel von Erwerbsformen unkompliziert mitgenommen werden können. In Aktien muss und soll stärker investiert werden dürfen, vor allem indem bei allen Formen der geförderten Altersvorsorge eine echte Wahlfreiheit zwischen Produkten mit und ohne Beitrags- oder Zinsgarantie möglich sein muss.

- Eine **Liberalisierung der Vorschriften zur betrieblichen Altersvorsorge, bessere Portabilität** und das **Ende der Doppelverbeitragung von Vorsorgeverträgen** in der Kranken- und Pflegeversicherung. Das Betriebsrentenstärkungsgesetz der Großen Koalition springt zu kurz. Die Ansatzpunkte sind aber richtig: Die vereinfachten Anlagevorschriften und Prämien für niedrige Einkommen sollten allen Beschäftigten zu Gute kommen, nicht nur auf einem Durchführungsweg der betrieblichen Vorsorge. Die aktuelle Rechtslage zur Doppelverbeitragung ist dagegen nicht nur ungerecht, sondern untergräbt geradezu die Idee, ein breites Bewusstsein für die Notwendigkeit zusätzlicher Altersvorsorge zu schaffen.
- Die staatliche **Gewährleistung eines einfachen, digitalen Vorsorgekontos**. Dort sollen die Bürgerinnen und Bürger jederzeit auf freiwilliger Basis nachprüfen können, wie viel Altersvorsorge ihnen später aus allen Elementen ihres individuellen Baukastens zur Altersvorsorge in Summe zusteht.
- Eine **verpflichtende Basisabsicherung im Alter für Selbständige – aber nur mit echter Wahlfreiheit**: Die allgemeine Pflicht zur Vorsorge muss Selbständigen maximale Wahlfreiheit lassen, die Form ihrer Vorsorge selbst wählen zu können. Nur mit einem möglichst breiten Wahlrecht bei der Vorsorgeform wird der speziellen Situation von Selbständigen ausreichend und angemessen Rechnung getragen. Zulässige Vorsorgeformen sollten unter anderem Rentenversicherungsverträge wie auch Fonds, Immobilien und Betriebsvermögen umfassen. Zu prüfen ist hierbei auch, ob sich bestehende Versorgungswerke öffnen oder ähnlich als Angebot neu schaffen lassen. Das Wahlrecht bei der Altersvorsorge muss allen Selbständigen offenstehen, für die kein anderes verpflichtendes Vorsorgesystem gilt. Auch selbständigen Handwerkern muss es möglich sein, selbst über ihr Alterssicherungssystem zu entscheiden. Zudem brauchen wir großzügige Karenzfristen in jeder Gründungsphase.

6. Vertrauen in den Wandel – Für die Erneuerung des Aufstiegsversprechens in der digitalen Revolution

Die entscheidende Frage wird in Zukunft nicht sein, ob Digitalisierung Wachstum und zusätzlichen Wohlstand bringen wird, sondern, welchen Volkswirtschaften und Unternehmen es am besten gelingen wird, an der digitalen Wertschöpfung teilzuhaben. Wenn dies für Deutschland gelten soll, müssen die Weichen entsprechend gestellt werden. Unter keinen Umständen jedoch wird es gelingen, einen volkswirtschaftlich und gesellschaftlich fruchtbaren und optimistischen digitalen Wandel zu erzeugen, wenn die Menschen nicht davon profitieren und sich auch für ganz normale Menschen aus der Mitte der Gesellschaft die materiellen Lebensumstände konkret verbessern – und der Aufstieg in diese Mitte für jedermann eröffnet ist, wenn er sich um Bildung bemüht und sich anstrengt. In der digitalen Revolution müssen wir deshalb umso mehr das Aufstiegsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft für die ganze Gesellschaft erneuern.

New Work, ganz gleich ob wir es als neue Gründerzeit oder als neue Epoche einer selbstbestimmten, dynamischen Beschäftigung, verstehen, muss sich daran messen lassen, ob es allen Menschen in Zukunft wieder besser gelingen kann, sich auch materiell etwas aufzubauen. Hinzu kommt, dass wir

zwar seit Jahren eine positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt haben, aber der Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit nicht in demselben Maße Schritt hält. Die Impulse der Digitalisierung müssen auch hier fruchtbar gemacht werden. Zudem stellen uns Zeiten des Wandels umso dringlicher vor die Aufgabe, unseren Sozialstaat konkret fairer zu machen. Denn auch wenn uns die Arbeit nicht ausgehen wird, können die Umwälzungen gewaltig sein. Damit jeder in einer solchen Umgebung angstfrei und selbstbewusst agieren und kann, muss das Vertrauen in die Schutzfunktion des sozialen Netzes für Übergangsphasen, Wechselfälle des Lebens oder Schicksalsschläge intakt sein. Nur wenn die Grundsicherung möglichst unbürokratisch und die Würde jeder und jedes Einzelnen wahrend ausgestaltet ist und wir als Gesellschaft Aufstiegschancen und Teilhabemöglichkeiten für alle gewährleisten, ist dies sichergestellt.

Deshalb fordern wir insbesondere:

- Einen **Abbau der bürokratischen Hürden und Hemmschwellen im deutschen Sozialstaat und den Aufbau und Ausbau digitaler Bürgerservices** auch in der Sozialverwaltung. Zum Beispiel bei einem Neuanfang oder einer Umorientierung sollen die Menschen nicht den Gang zu verschiedenen analogen Amtsstuben müssen, sondern brauchen einen Sozialstaat der effektiv und unbürokratisch hilft und unterstützt – gerade im Sinne einer digitalen Verwaltung. Dazu sind zentrale, einheitliche Online-Anlaufstellen zu schaffen, die eine unkomplizierte Leistungsbeantragung gewährleisten und auch unterschiedliche soziale Leistungsträger sinnvoll miteinander vernetzen.
- Für uns Freie Demokraten ist das **Leitbild des liberale Bürgergeld**, das eine einfache und bürgernahe Grundsicherung gewährleistet. Ausgerichtet an dieser Zielvorstellung wollen wir unseren Sozialstaat Schritt für Schritt verbessern. Dazu sind insbesondere Pauschalierungen und Vereinfachungen notwendig. Zum Beispiel können die Kosten der Unterkunft durch einen regional pauschalierten Festbetrag gedeckt werden und der Regelsatz für volljährige Personen immer derselbe sein – egal, ob diese zusammenleben oder nicht. Dies stärkt die Selbstbestimmung der Betroffenen, reduziert Kontrollnotwendigkeiten sowie die Komplexität von Bescheiden und Leistungen und schafft mehr Rechtssicherheit und -klarheit für alle Beteiligten. Gleichzeitig sind die Anrechnungssätze für selbst verdientes Einkommen so zu gestalten, dass eigene Leistung belohnt wird.
- Deshalb müssen die **Zuverdienstregelungen verbessert werden**, denn aktuell sind sie demotivierend und werfen den Menschen Knüppel zwischen die Beine. Es muss insbesondere attraktiver werden, vom Mini- in den Midijob zu wechseln und dort die Stundenzahl immer mehr auszuweiten. Das ist der zentrale gesetzgeberische Hebel beim Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit, den wir endlich umlegen müssen. In einem zweiten Schritt sollten auch die familienpolitischen und sonstigen Sozialleistungen in die Betrachtung miteinbezogen werden. Wir benötigen ein Transfersystem aus einem Guss, in dem sichergestellt ist, dass Mehrarbeit auch immer zu Mehreinkommen führt. Nur so können wir für mehr Menschen eine trittfeste Leiter in die finanzielle Selbständigkeit bauen.
- **Familien- und sozialpolitischen Leistungen** auch darüber hinaus **stärker aufeinander ausrichten**: Es ist keinesfalls eine abwegige Konstellation, dass bedürftige Menschen vom Jugendamt einen Unterhaltsvorschuss, von der Familienkasse einen Kinderzuschlag, von der kommunalen Wohngeldstelle Wohngeld und vom Jobcenter Arbeitslosengeld II sowie Leis-

tungen des Bildungs- und Teilhabepakets erhalten. Hier gelten jeweils unterschiedliche Anrechnungsregeln, Mitwirkungspflichten und Bewilligungszeiträume. Auch für Menschen mit Behindertenausweis/ GdB-Status trifft dies zu. Das ist nicht nur für die Behörden undurchsichtig, sondern erst recht für die Betroffenen. Durch die Zusammenführung oder Verzahnung von Leistungen und die Digitalisierung ihrer Verwaltung sollte hier für mehr Transparenz gesorgt werden. Das entlastet zudem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sozialbehörden, die sich dann auf ihre Integrationsaufgabe konzentrieren können.

- Nur wer den **Einstieg in den Arbeitsmarkt** (wieder) geschafft hat, kann auch aufsteigen und vorankommen. Deshalb dürfen wir etwa durch zu weitgehende Einschränkungen von Arbeitsmodellen wie der befristeten Beschäftigung keine neuen Mauern um den Arbeitsmarkt errichten. Menschen, die es am Arbeitsmarkt schwer haben, gelingt oft nur so oder über eine Teilzeittätigkeit im Rahmen eines Mini- oder Midijobs der erste Schritt. Gerade für Menschen im Arbeitslosengeld II („Hartz IV-Aufstocker“) lohnt es sich heute jedoch kaum, mehr Stunden zu arbeiten und so mehr zu verdienen.
- Ein politisches **Chancenprogramm zur Vermögensbildung** in der Mitte der Gesellschaft: Die Aktienkultur in Deutschland muss gestärkt werden. Dies geht unter anderem mit höheren Freibeträgen für Sparerrinnen und Sparer und weiteren steuerlichen Maßnahmen, zum Beispiel einer Steuerfreiheit von Aktien-Kursgewinnen nach einer Spekulationsfrist. Hierzu gehört aber auch eine Entlastung bei dem wichtigsten Hebel zur Vermögensbildung, dem Erwerb von Wohneigentum. Ein Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer für die selbstgenutzte Immobilie ist dazu unerlässlich.
- Die gezielte **Entlastung der Bürgerinnen und Bürger**. Die Digitalisierungsdividende muss auch im Portemonnaie ankommen. Das ist eine Frage der Fairness und erfordert eine politische Umkehr bei Steuern und Sozialabgaben. Ohne ein Ende der kalten Progression landen Lohn- und Einkommenssteigerungen zu großen Teilen beim Fiskus. Das muss sich ändern. Gleiches gilt für den Solidaritätszuschlag, der endlich vollständig abgeschafft werden muss. Zudem ist es unfair, dass in unserem Staat nahezu alle Obergrenzen mit der Lohnentwicklung dynamisiert werden – außer die der Mini- und Midijobs. Deshalb wollen wir diesen dauerhaft entsprechend der Anpassung des Mindestlohns anpassen.